

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 73 (1986)
Heft: 9

Artikel: Wirtschaftsfragen in der Lehrerbildung : zum Beispiel : Kanton Zürich
Autor: Gehrig, Hans / Vontobel, Peter / Dürsteler, Urs
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-531466>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wirtschaftsfragen in der Lehrerbildung

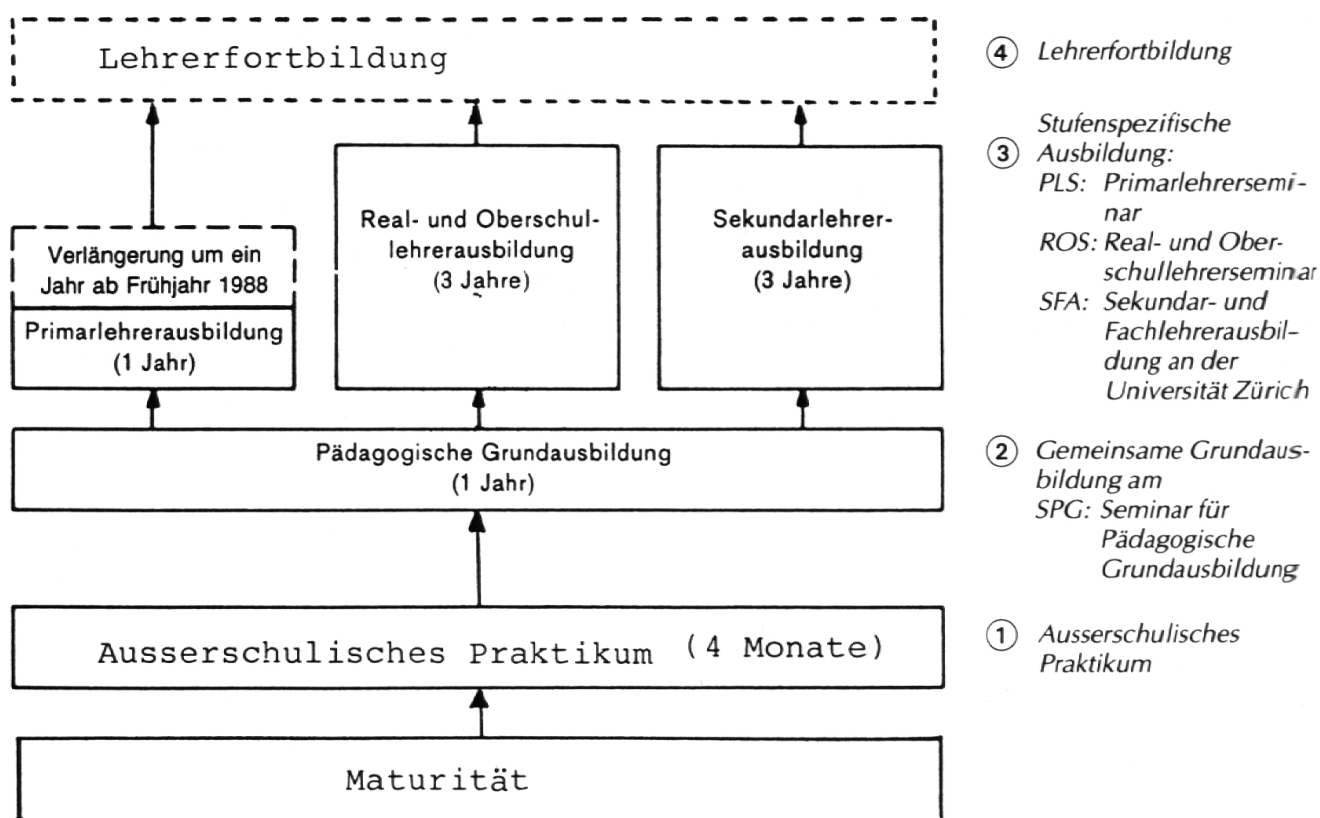
Zum Beispiel: Kanton Zürich

Neue Voraussetzungen

Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Zürcher Lehrerbildung sind vor allem seit 1981 beachtliche Anstrengungen unternommen worden, die künftigen Volksschullehrer auch in den Bereichen Ökonomie und Wirtschaft besser auszubilden. Die im Gesetz verankerte *Gesamtkonzeption* ermöglicht dabei ein mehrstufiges Vorgehen, das sowohl allgemein-grundlegenden wie auch stufenspezifischen Bedürfnissen Rechnung trägt.

Die berufliche Ausbildung des Lehrers setzt im Kanton Zürich nach der Maturität ein und umfasst aufgrund des Gesetzes von 1978 vier «Stufen» (Schema).

Die nachstehenden Ausführungen vermitteln nicht nur Einblick in die auf den einzelnen Stufen entwickelten Konzepte, sondern geben auch Auskunft über die in den letzten Jahren gemachten Erfahrungen.

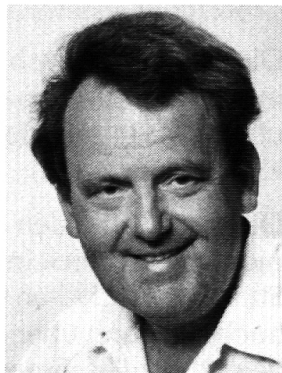


1. Wirkungen des ausserschulischen Praktikums

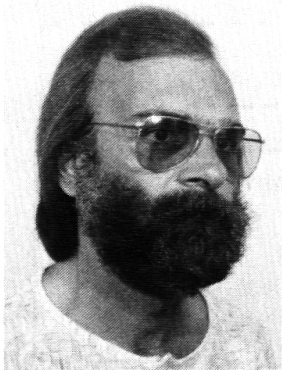
Ergebnisse einer Befragung von 288 Lehrerstudenten im Jahre 1985

Hans Gehrig, Peter Vontobel

*Gehrig Hans, Prof.
Dr. phil. I, 1931, von Degersheim-Magdenau. Kant.
Lehrerseminar Rorschach.
1951–1955 Primarlehrer.
1955 Aufnahme des Studiums
an der Uni Zürich (Kombination
Pädagogik inkl. Philosophie/
Germanistik/Geschichte).
1960 Lizentiat, 1962
Doktorat. Seit 1971 Direktor
des Oberseminars bzw. des
Seminars für Pädagogische
Grundausbildung.*



*Peter Vontobel, 1948, dipl.
Psychologe. Ausbildung zum
Primarlehrer. Tätigkeit auf
der Primar- und Oberstufe.
1977 Diplom in angewandter
Psychologie (Schulpsychologie).
Tätigkeit als Erziehungs-
berater und Schulpsychologe.
Redaktioneller Mitarbeiter
der Schweiz. Lehrerzeitung.
1982–1985 Sekretär der
Schweiz. Stiftung für Ange-
wandte Psychologie (SSAP).
Seit 1982 Ständiger Lehrbeauftragter
am Seminar für Pädagogische
Grundausbildung für Pädagogik/
Psychologie, Allg. Didaktik und
Schulpraktische Ausbildung.*



1.1 Konzeption und Zielsetzung

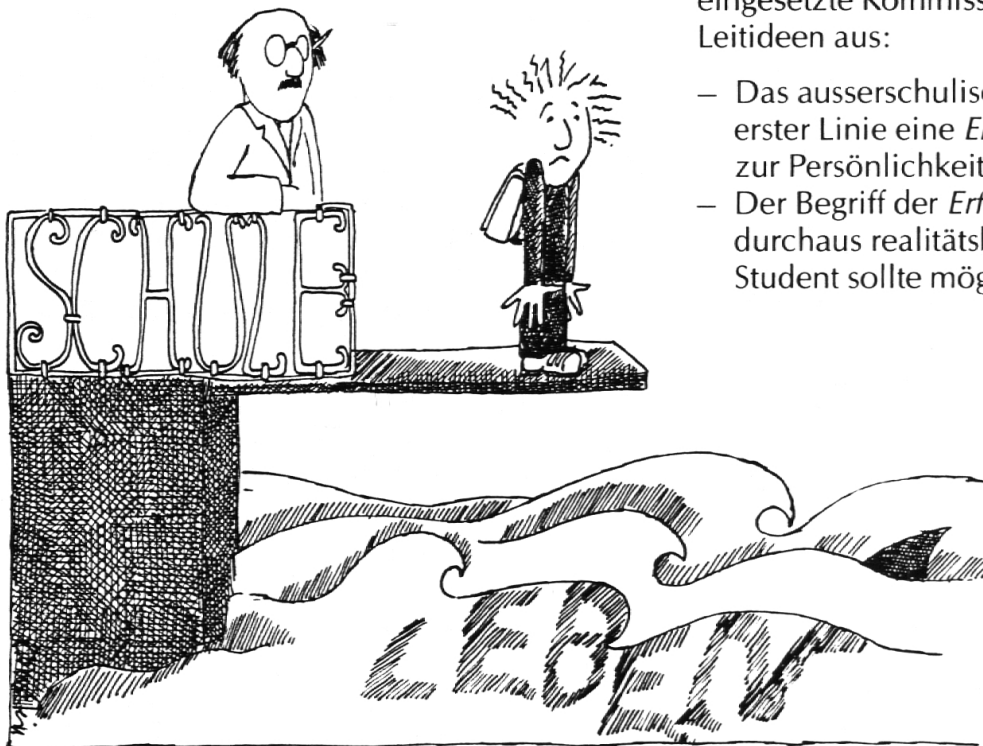
In der Diskussion um die Reform der Lehrerbildung wurde in den frühen sechziger Jahren der Begriff der «Rolle» eingeführt.¹ Man versuchte, die Dimensionen der Lehrerpersönlichkeit neu zu umschreiben. Bisherige

Leitbilder, wie sie etwa Kerschensteiner² oder Spranger³ formuliert hatten, erwiesen sich als nicht mehr der Zeit gemäss. Die neuen Bestrebungen gingen in zwei Richtungen. Erstens galt es, das Lehrerbild zu öffnen, seine Rolle in der modernen Gesellschaft auch zu spiegeln an den spürbaren Veränderungen, die im Bereich des gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Lebens seit dem Zweiten Weltkrieg stattgefunden hatten. Öffnung also und Erweiterung der Lehrerbildung im Sinne von mehr Realitäts- und Weltbezug, stärkerer Professionalisierung und im Zusammenhang damit: Verstärkung seiner Kommunikationsfähigkeit über die Schulstube hinaus in der Zusammenarbeit mit Behörden, Eltern und anderen Berufsträgern.

Die zweite Stossrichtung in der Reformdiskussion versuchte ein neues Verständnis des Theorie-/Praxisbezugs zu entwickeln. Und in diesem Zusammenhang weitete man den Begriff des Praxisbezugs über die Lektionsgestaltung hinaus aus auf die Zusammenarbeit im Schulhaus und in der Schulgemeinde; schliesslich begriff man «das Leben ausserhalb der Schule», die «Arbeitswelt der Eltern» usw. ebenfalls als Aspekt eines neuverstandenen Praxisbezugs.

So war es nur folgerichtig, dass in die Reformdiskussionen nicht nur Lehrer und Lehrerbildner, sondern auch andere Kreise, Politiker, Ärzte, Psychologen, Leute aus Wirtschaft und Industrie usw. einbezogen wurden. Im Kanton Zürich zum Beispiel wurden im Rahmen des BIVO-Projektes⁴ zehn verschiedene Experten Gruppen eingesetzt, die sich über die Ziele von Schule – und davon abgeleitet – von Lehrerbildung zu äussern hatten. Dem Auswertungsbericht der Gruppe «Wirtschaft und Industrie», die in unserem Zusammenhang von Interesse ist, ist beispielsweise zu entnehmen: «... Ein Mitspracherecht der Wirtschaft und Gesellschaft in Schulfragen/Lehrerbildungsfragen erscheint als erwiesene Notwendigkeit...» «... Ein weniger abrupter Übergang von der Schule in die Praxis (Lehre) muss von der Schule her angestrebt werden. Die

Befähigung dazu muss dem Lehrer in ausgedehnten Betriebspraktika sowie in arbeits- und betriebspädagogischer Ausbildung vermittelt werden. Er muss die Anforderungen der Leistungsgesellschaft aus eigener Anschauung und Erfahrung kennen. . . »



Das Bild von der Insel Schule, von welcher alle Schüler plötzlich gestossen werden, während der Lehrer als einziger immer darauf zurückbleibt, dieses Bild prägte das Hauptanliegen der Gruppe «Wirtschaft und Industrie».

In diesen und anderen Diskussionen war auf dem Platze Zürich damals eine Diskussion in Gang gekommen, die auch die Verhandlungen der kantonsrätlichen Kommission zur Vorbereitung eines neuen Lehrerbildungsgesetzes beeinflusste. Jedenfalls stiess der von der parlamentarischen Kommission neu in den Gesetzesentwurf eingebrachte § 19 «Voraussetzung zur Erteilung des Fähigkeitszeugnisses ist ein ausserschulisches Praktikum von mindestens vier Monaten Dauer» einhellig auf Zustimmung. Dies, obwohl mit dieser Bestimmung eine ohnehin schon stark verlängerte Lehrerausbildung praktisch nochmals um ein Semester ausgedehnt wurde.

Mit der erwähnten einfachen Formulierung legte der Gesetzgeber nur den Grundsatz und

die minimale Dauer fest. Die näheren Bestimmungen waren durch die Fachleute der Lehrerbildung zu entwickeln und durch den Erziehungsrat in der Form eines Reglementes zu erlassen. Bei der Ausgestaltung der näheren Bestimmungen ging die vom Erziehungsrat eingesetzte Kommission⁵ von den folgenden Leitideen aus:

- Das ausserschulische Praktikum soll in erster Linie eine *Erfahrung* darstellen, die zur Persönlichkeitsentwicklung beiträgt.
- Der Begriff der *Erfahrung* ist weit, aber durchaus realitätsbezogen zu fassen; der Student sollte möglichst viel von dem

erfahren, was die ausserschulische Berufswelt ausmacht, von der Stellensuche über die Regelung der Versicherungsfrage bis zum Lohnempfang usw.

- Der so verstandene Begriff der Erfahrung schliesst möglichst viel *Selbstverantwortung* des Studenten mit ein. Das ausserschulische Praktikum soll nicht auch noch «verschult» und in allen seinen Details wiederum durch die Schulleitung des Seminars gesteuert werden.
- Den Arbeitgebern sollen *keine besonderen Auflagen* gemacht werden. Das Seminar seinerseits beschränkt sich auf eine allfällig nötige Beratung und auf die Kontrolle der Durchführung.

Das auf diesem Hintergrund entstandene «Reglement über das ausserschulische Praktikum im Rahmen der Lehrerbildung» beschränkt sich auf nur wenige Bestimmungen und führt als *Ziele* an:

§ 3 «Die Absolvierung des ausserschulischen Praktikums liegt im Verantwortungsbereich des Studenten.»

- § 4 «Als Ziele des ausserschulischen Praktikums stehen im Vordergrund:
- Kenntnis ausserschulischer Arbeitsbereiche und Verständnis für Probleme einzelner Berufsgruppen;
 - Einblick in die Arbeitswelt und die sozialen Bedingungen;
 - Erfahrungen im Lebensbereich ausserhalb der Schule;
 - Verständnis für beruflich bedingte Probleme der Eltern künftiger Schüler;
 - Mithilfe bei der Klärung der Motivation für den Lehrerberuf.»

Für die *Durchführung* stehen folgende Bereiche zur freien Wahl:

- Handwerk, Gewerbe, Handel, Industrie, Verwaltung
- Dienstleistungsbetriebe
- Landwirtschaft
- Spitäler, Heime, Sozialdienste

Ausgenommen sind gemäss § 6 «die Mitarbeit im elterlichen Betrieb, alle Formen von Unterricht, Besuch von Schulen und Kursen, freie Berufe oder künstlerische Tätigkeit sowie private Reisen».

Als minimale Dauer sind 4 Monate (18 Wochen) festgelegt, und zwar im Sinne einer Vollzeitbeschäftigung. Eine beliebige Aufteilung der Tätigkeiten ist nicht gestattet; das Praktikum kann in höchstens zwei Teilen absolviert werden.

1.2 Die Erfahrungen

Schon nach wenigen Jahren konnten die Erfahrungen «gefühlsmässig» als positiv beurteilt werden. In den Jahren 1982 bis 1984 hatten 70–80 % der Studenten das ausserschulische Praktikum schon vor dem Eintritt in das SPG absolviert. Die Suche nach Arbeitsplätzen gestaltete sich im grossen und ganzen mühelos, die Schulleitung musste in nur ganz wenigen Fällen beratend oder helfend beistehen.

Der Nachteil unseres «offenen» Modells besteht nun aber doch darin, dass es wenig Anhaltspunkte für eine laufende Auswertung bietet. Es war deshalb ein Anliegen, im Sinne einer Pilotstudie beim SPG-Jahrgang 1985/86 eine erste Gesamtbefragung durchzuführen.

Eine erste Fragengruppe betraf die Dauer des ausserschulischen Praktikums und die zeitliche Aufteilung. Genau die Hälfte der Studenten wählte eine mittlere Dauer von 5–6 Monaten. 31 % absolvierten ein mehr als sechsmonatiges Praktikum, während 19 % sich an die Minimaldauer von 4 Monaten hielten. Etwa zwei Drittel absolvierten ihr Praktikum en bloc, ein Drittel in zwei Teilen.

Die zweite Fragengruppe erhob die gewählten Tätigkeitsbereiche und die Gründe für die Ansetzung des Praktikums vor Eintritt ins SPG. An der Spitze der gewählten Beschäftigungssektoren liegt mit 38 % der Bereich Handwerk, Gewerbe, Handel, Industrie und Verwaltung. Es folgen der Bereich Spitäler, Heime und Sozialdienste (32 %) und andere Dienstleistungsbetriebe (26 %). Den kleinsten gewählten Sektor bildet mit 4 % die Landwirtschaft. Mit Ausnahme der Branchen Landwirtschaft und Büro zeigen alle Wahlen ziemlich ausgeprägte geschlechtsspezifische Unterschiede. Die Praktikantinnen wählen vorwiegend die typischen Frauenberufe (Spital, Arbeit mit Kindern, Sozialdienste, Verkauf und Gastgewerbe) während die Praktikanten die Bereiche Handwerk und «andere Dienstleistungen» dominieren. Auf die Frage, weshalb das Praktikum vor den Eintritt ins SPG gelegt wurde, nennt die Hälfte der Studenten die Antwort: «Weil ich vor dem Eintritt ins SPG noch andere berufliche Bereiche kennenlernen wollte.» Ungefähr ebenso häufig werden allerdings utilitaristische Motive angeführt, etwa das Geldverdienen nach der Matur oder das Hinter-sich-bringen der Praktikumpflicht.

Das Hauptinteresse der Erhebung galt natürlich der Wirkungsbeurteilung durch die Studenten. Einige Zielerwartungen wurden deutlich bestätigt, andere weniger. Eine Mehrheit der Studenten glaubt, weder neue, dauerhafte Interessengebiete gefunden, noch viel für die Ausbildung am SPG profitiert,

noch die Berufswahl für den Lehrerberuf besser abgestützt zu haben. Hingegen glauben drei Viertel bis über vier Fünftel der Praktikumsabsolventen, dass die Erfahrungen später im Lehrerberuf hilfreich sein würden, dass das Verständnis für die Eltern der Schüler gewachsen sei, dass sie ganz neue Lebens- und Arbeitsbereiche und die Menschen darin kennengelernt und allgemein für ihre persönliche Entwicklung viel profitiert hätten. Herrscht bei den noch vor dem Praktikum stehenden Studenten noch einige Skepsis bezüglich Sinn und Zweck dieser Einrichtung, so ist das abschliessende Urteil der Absolventen eindrücklich positiv: 85 % beurteilen das ausserschulische Praktikum als «sehr sinnvoll», niemand als «sinnlos»!

Die Befragung belegt, dass die Zielsetzungen des ausserschulischen Praktikums im subjektiven Urteil der angehenden Lehrer erreicht werden. Im Vordergrund stehen dabei die Bedeutung des ausserschulischen Praktikums in bezug auf die allgemeine *Horizontenerweiterung* im Bereich des sozialen und ökonomischen Lebens sowie seiner Wirkung im Sinn der *Persönlichkeitsentwicklung*.

In hohem Masse wird anerkannt, dass das ausserschulische Praktikum einen bedeutenden Beitrag zu einem *vertieften Berufs- und Rollenverständnis* des Lehrers leistet.

Der *direkte Nutzen* in Hinsicht auf die *Ausbildung* am SPG wird nicht gleich hoch eingestuft. Es sind aber immerhin 42 % der Befragten, die angeben, auch für die Ausbildung am SPG eindeutig profitiert zu haben.

Diese letztere Wirkung des ausserschulischen Praktikums ist in den «offiziellen» Zielsetzungen nicht anvisiert. An diesem Punkt könnte aber durchaus eine Kritik an unserem Modell ansetzen.

Die heute in der schweizerischen Lehrerbildung praktizierten oder geplanten Lösungen lassen sich, stark vereinfacht, in *geschlossene und offene Formen* unterscheiden. Während unser Zürcher Modell eindeutig zu den

offenen Formen gezählt werden kann, wird in geschlossenen Formen das ausserschulische Praktikum in die Ausbildungszeit integriert und wesentlich stärker durch die Lehrerbildungsanstalt begleitet und gesteuert. In der Regel sind diese Praktika in ihrer Dauer auch wesentlich kürzer (wenige Wochen). Einige der zurzeit geplanten Modelle sehen auch vor, dass zwei Bereiche abzudecken sind, ein sozialer und ein wirtschaftlicher, und entsprechend ist dann ein Sozial- und ein Wirtschaftspraktikum zu absolvieren. Diese Formen vermögen wohl einigen Einblick zu verschaffen, eine entscheidende *Erfahrung* vermitteln sie aber kaum.

Berechtigt ist auch die Frage, ob nicht eine *systematische* Auswertung der Erfahrungen und Beobachtungen angestrebt werden sollte, zum Beispiel durch die Abfassung eines Berichtes. Tatsächlich kann die Notwendigkeit einer sinnvollen Verarbeitung und Einordnung der Erfahrungen und Beobachtungen/Feststellungen nicht bestritten werden. In diesem Sinn ist der Einbau eines obligatorischen Fachs *Wirtschaftskunde* in die Studentafel des SPG durchaus gerechtfertigt. Der Frage, inwiefern die «Verzahnung» von Erfahrungen im ausserschulischen Praktikum mit dem theoretischen Fach *Wirtschaftskunde* zum Tragen kommt, ist im Rahmen der vorliegenden Studie noch nicht erfasst worden; sie wird uns aber noch beschäftigen müssen.

Trotz der gemachten Einschränkungen kann gesagt werden, dass sich die folgenden vier Merkmale unseres Konzeptes bewähren:

- *klare, einfache Zielsetzung*
- *Selbstverantwortung des Studenten*
- *Realitätsnähe*
- *Flexibilität (in der Möglichkeit zur Absolvierung im Rahmen einer persönlichen Ausbildungsplanung)*

Es besteht vorläufig kein Grund zu einer wesentlichen Änderung des Konzeptes, zum Beispiel in Richtung einer weitergehenden «Verschulung». Eine solche bedeutete für ein ausserschulisches Praktikum sogar einen Widerspruch in sich selber.

Anmerkungen

¹ Es ist allerdings darauf hinzuweisen, dass weder Terminologie noch Anwendung der sogenannten Rollentheorie bis heute eindeutig festgelegt sind. In der sozialwissenschaftlichen Literatur findet sich eine Vielzahl von Definitionen. Bei den meisten Autoren sind die drei Elemente «Individuelles Verhalten, Erwartungen und sozialer Ort» zu finden. Menschliches Verhalten ist nicht zufällig, sondern durch eigene Erwartungen und durch die Erwartungen von andern in der Gruppe oder Gesellschaft, in der es sich abspielt, beeinflusst (vgl. z. B. N. Gross, W.S. Mason und A.W. McEichern: *Explorations in Role Analysis*, New York, 1966).

² Georg Kerschensteiner: *Die Seele des Erziehers*, München, 1961.

³ Eduard Spranger: *Der geborene Erzieher*, Heidelberg, 1968.

⁴ Vgl. Peter Roth, Peter Wanzenried: *Die allgemeinen Ziele der Volksschullehrertätigkeit nach Ansicht verantwortlicher Personengruppen/Arbeitspapiere und Berichte zum Projekt «Bildungsbedürfnisse der Volksschullehrer»*, BIVO, Zürich, 1971.

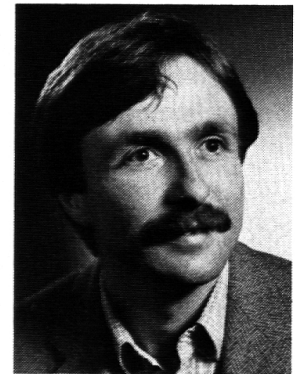
⁵ Subgruppe «Organisationsfragen» der erziehungsrätlichen Kommission «Revision der Lehrerbildung». Ihr gehörten Vertreter der Seminare, der Erziehungsdirektion und fallweise Vertreter verschiedener Wirtschafts- und Berufsverbände an.

2. Volkswirtschaftliches Verständnis gehört zur Allgemeinbildung des Lehrers

Erfahrungen mit dem Fach «Wirtschaftskunde» am Seminar für Pädagogische Grundausbildung

Urs Dürsteler

Urs Dürsteler, Winterthur, 1951, Dr. oec. (Hochschule St. Gallen), Master of Arts (Universität von Kalifornien). Lehrbeauftragter für Wirtschaftskunde am Seminar für Pädagogische Grundausbildung Zürich. Verschiedene Publikationen im Rahmen des Nationalen Forschungsprogrammes «Regionalprobleme».



«Mit der Wirtschaft – ausser bei gastronomischen Begebenheiten – hat doch ein Lehrer wenig zu tun: dieses Betätigungsfeld überlassen wir lieber den (profitgierigen) Managern!» Diese etwas überspitzt formulierte Aussage prägt nicht selten die Meinung der in der Privatwirtschaft tätigen Leute über die Einstellung der Lehrer gegenüber wirtschaftlichen Sachfragen. Erfahrungsgemäss trifft dieses Vorurteil jedoch nur bei einem ganz kleinen Teil der Lehrerschaft wie auch der Lehrerstudenten zu. Trotzdem ist ein gewisser Graben zwischen Wirtschaft und Schule unverkennbar. Das gegenseitige Misstrauen basiert vielfach auf einem gewissen Informationsdefizit gegenüber der andern Seite. Mit dieser Basishypothek ist jeder Wirtschaftspädagoge grundsätzlich einmal konfrontiert, wenn er angehende Lehrer ins ABC der Wirtschaftskunde einführen muss. Anhand dieser Rahmenbe-

dingungen sind dann Lerninhalte zu formulieren und zu verwirklichen, die den ausbildungs- und anwendungsspezifischen Bedürfnissen der Lehrerstudenten entsprechen. Eine Aufgabe, die nicht immer einfach zu lösen ist, jedoch dem kreativen Wirtschaftskundelehrer viele Freiräume offen lässt.

2.1 Anspruchsvolle Lehrziele mit wenigen Lektionen

Im Schulalltag wie auch im persönlichen Erfahrungsfeld muss sich ein Lehrer ständig mit politischen, kulturellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fragen auseinandersetzen. Selten gibt es jedoch für die einzelnen Fragen eindeutig richtige Antworten, weil hinter jeder Aussage ein persönliches Werturteil steht, was wiederum vom gesellschaftlichen Beziehungsgeflecht des einzelnen abhängig ist. Diese immer vielfältiger werdenden Zusammenhänge können nur aufgrund eines geordneten Sachwissens erkannt und bewertet werden. Mit dem Wirtschaftskunde-Unterricht an den Lehrerseminaren soll der zukünftige Pädagoge über ein volkswirtschaftliches Grundwissen verfügen und die Fähigkeiten entwickeln, wirtschaftliche Situationen zu bewerten und daraus für sich und die Gesellschaft die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen. Am Seminar für Pädagogische Grundausbildung (SPG) stehen für die Erreichung dieser Lehrziele rund 25 Lektionen zu 45 Minuten zur Verfügung. Welche Wertungsprobleme ergeben sich nun konkret im Fach Wirtschaftskunde? Ein Beispiel soll diesen Fragenkomplex illustrieren:

Die Wirtschaftsordnung der Schweiz, also die Spielregeln, denen sich die einzelnen Marktteilnehmer unterziehen müssen, ist grundsätzlich die Handels- und Gewerbe-freiheit. In bestimmten Fällen wird von diesem Grundsatz abgewichen, in dem der Staat ins Wirtschaftsgeschehen eingreift. Im Bereich der Landwirtschaft ist dieser öffentliche Einfluss besonders gross, was auch ständig zu Interessenkollisionen führt: Die Bauern verlangen ein Einkommen, das dem eines qualifizierten Industriearbeiters entspricht. Von den Konsumenten werden tiefe Lebensmittelpreise gefordert. Aus Umweltschutzkreisen wird eine umweltverträgliche Bewirtschaftung postuliert.

Die Bergbevölkerung und insbesondere auch touristische Interessengruppen verlangen aus Schutzüberlegungen die sorgfältige Pflege der Bergwälder und -weiden. Der Bund schreibt die einzelbetriebliche Milchkontingentierungen vor. Und letztlich verlangen Tierschützer eine artgerechte Haltung der Nutztiere.

Der Forderungskatalog und die Auflistung der Interessenvertreter am Beispiel der Landwirtschaft ist natürlich noch unvollständig. Eines soll damit jedoch dokumentiert werden: Die Meinungsbildung und somit Entscheidungsfindung werden durch eine Vielzahl von verschiedenen Faktoren beeinflusst, so dass es *die* richtige Lösung gar nie geben kann. Wirtschaftliche Probleme werden also immer von der persönlichen Optik aus bewertet. Gerade die Fähigkeit zu differenzieren, ist im Lehrerberuf eine notwendige Voraussetzung, die auch in wirtschaftlichen Sachfragen gut geschult werden kann.

Drei Formen des Wirtschaftskunde-Unterrichts

Am Seminar für Pädagogische Grundausbildung existieren drei verschiedene Angebote mit wirtschaftlichen Themenkreisen:

- *Obligatorisch* muss jeder angehende Lehrer eine Jahresstunde Wirtschaftskunde belegen (wobei allerdings Absolventen eines Wirtschaftsgymnasiums von diesem Unterricht dispensiert werden können).
- Auf freiwilliger Basis werden zudem *Wahlfachkurse* in Wirtschaftskunde angeboten.
- Im Rahmen eines Angebots von *Studienwochen* können wirtschaftliche Sachfragen vertieft angegangen werden.

Der Lerninhalt des *obligatorischen Wirtschaftskunde-Unterrichtes* ist weitgehend durch den Lehrplan des Seminars vorgegeben und enthält im wesentlichen folgende Bereiche: Ziele und Grundlagen des Wirtschaftens, Entwicklung der Wirtschaft, Wirtschaftsordnungen, Geld und Konjunktur sowie die Aussenwirtschaft.

Die Erarbeitung der Lerninhalte erfolgt – analog zu andern Fächern – auf unterschiedliche Art und Weise. Aufgrund der verschiedenartigen Vorkenntnisse der angehenden Volksschullehrer wird der grösste Teil des Stoffes im Lehrgespräch erteilt, wobei natürlich sämtliche zur Verfügung stehenden didaktischen

Hilfsmittel angewendet werden. In bescheidenem Umfang lassen sich auch Exkursionen in Betriebe, Börse usw. sowie Referenten-Vorträge in den Unterricht einbauen. Spannend, lehrreich, aber eher die Ausnahme, sind Podiumsveranstaltungen. Im letzten Jahr sind beispielsweise in dieser Form die Flüchtlingsproblematik in der Schweiz, die verschiedenen Aspekte der Vivisektions-Initiative oder allgemeine Arbeitnehmer-/Arbeitgeberfragen kontradiktorisch behandelt worden.

Im *Wahlfach* «Wirtschaftskunde» werden Themen aus dem obligatorischen Unterricht zur Vertiefung angeboten. Bei der Bestimmung des Programmes wird den Studenten ein umfassendes Mitspracherecht zuerkannt. Die Themenauswahl ist dementsprechend auch vielseitig und streift nebst wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen nicht selten auch schulbezogene Lerninhalte. Dabei kommen Themen wie «Zigeuner in der Schweiz», «Flüchtlinge – Hintergründe der internationalen Wanderung», «die romanische Sprache im Überlebenskampf», «Juden unter uns», Besprechung einzelner Abstimmungsvorlagen, Polizei- und Gerichtswesen usw. zur Sprache. Die Besprechung dieser Themen wird durch Exkursionen (Kriminalmuseum, Strafanstalt, Zigeunerstandplatz usw.) und ergänzende Referentenvorträge bereichert.

In der *Studienwoche* «Wirtschaftskunde» kann neben dieser Vertiefung auch die Arbeitswelt der Eltern von zukünftigen Schulkindern hautnah miterlebt werden. Es versteht sich dabei von selbst, dass zu diesem Zweck die Schulstube des Seminars verlassen wird, damit in einem Betrieb oder in einem ganzen Tal (z.B. Puschlav) das wirtschaftliche Schaffen aus nächster Nähe beobachtet und miterlebt werden kann.

2.2 Nutzen für die Schulpraxis?

Bei der Gestaltung des Wirtschaftskunde-Unterrichtes ergibt sich vielfach ein Zielkonflikt. Sollen die Lektionen und die verschiedenen Veranstaltungen auf den späteren Schulalltag

oder auf die Verankerung eines volkswirtschaftlichen Basiswissens bei den angehenden Lehrern ausgerichtet sein? Das eine tun und das andere nicht lassen, ist in diesem Zusammenhang die Devise. Grundsätzlich schliessen sich die beiden Zielvorstellungen gegenseitig nicht aus. Bis anhin stand jedoch eindeutig die volkswirtschaftliche Bildung der Lehrer im Vordergrund, wobei sich der Stoff mit etwas Phantasie oft auch vereinfacht auf die Volksschulstufe übertragen lässt. Eine eigentliche Wirtschaftsdidaktik für die Volksschule wird am SPG jedoch noch nicht systematisch betrieben. Im folgenden Beispiel sollten trotzdem Ansatzpunkte für die Übertragung von wirtschaftlichem Wissen auf die Volksschulstufe aufgezeigt werden:

Der Bauernhof ist ein vielseitiges Thema. Sicher sind dabei naturwissenschaftliche Fragen über die verschiedenen Tierarten sowie über die Bepflanzung der Felder von besonderem Interesse. Werden jedoch auch die Sorgen und Nöte eines Bauern in die Betrachtung miteinbezogen, so können volkswirtschaftliche Begebenheiten nicht umgangen werden. Wieso werden Bauernbetriebe aufgehoben (landwirtschaftliche Strukturpolitik)? Welche Vor- und Nachteile bringt für den Bauern eine ökologische Bewirtschaftung seines Hofes (Kostendruck/Know-how Defizite)? Wie sieht die Investitionsrechnung eines Nutztieres aus (Aufwand-/Ertragsüberlegungen)? usw.

Selbstverständlich muss die Themenwahl und die entsprechende Vertiefung dem Alter der Schüler angepasst sein. Damit lassen sich für viele Themen mit verhältnismässig geringem Vorbereitungsaufwand zusätzliche wertvolle Lerninhalte erarbeiten.

2.3 Einige Schlussfolgerungen

Die Notwendigkeit und der Bildungswert eines alltagsorientierten Volkswirtschafts-Unterrichtes werden in vielen Kreisen noch verkannt. Sicher ist in diesem Zusammenhang noch eine gewisse Aufklärungsarbeit erforderlich. Unabhängig von diesen Aussagen darf jedoch bemerkt werden, dass in diesem Bereich für zukünftige Lehrer drei Bildungsziele anzustreben sind:

Bildung zum Staatsbürger

Als zufriedenstellend ist die Verwirklichung des Staatskunde-Unterrichts an vielen Maturitätsschulen zu bezeichnen. Der Lehrerstudent des SPG hat in der Regel gewisse Grundkenntnisse über die verschiedenen staatlichen Institutionen und Entscheidungsträger, die es ihm erlauben, die anfallenden staatsbürgerlichen Probleme zu beurteilen.

Bildung zum Wirtschaftsbürger

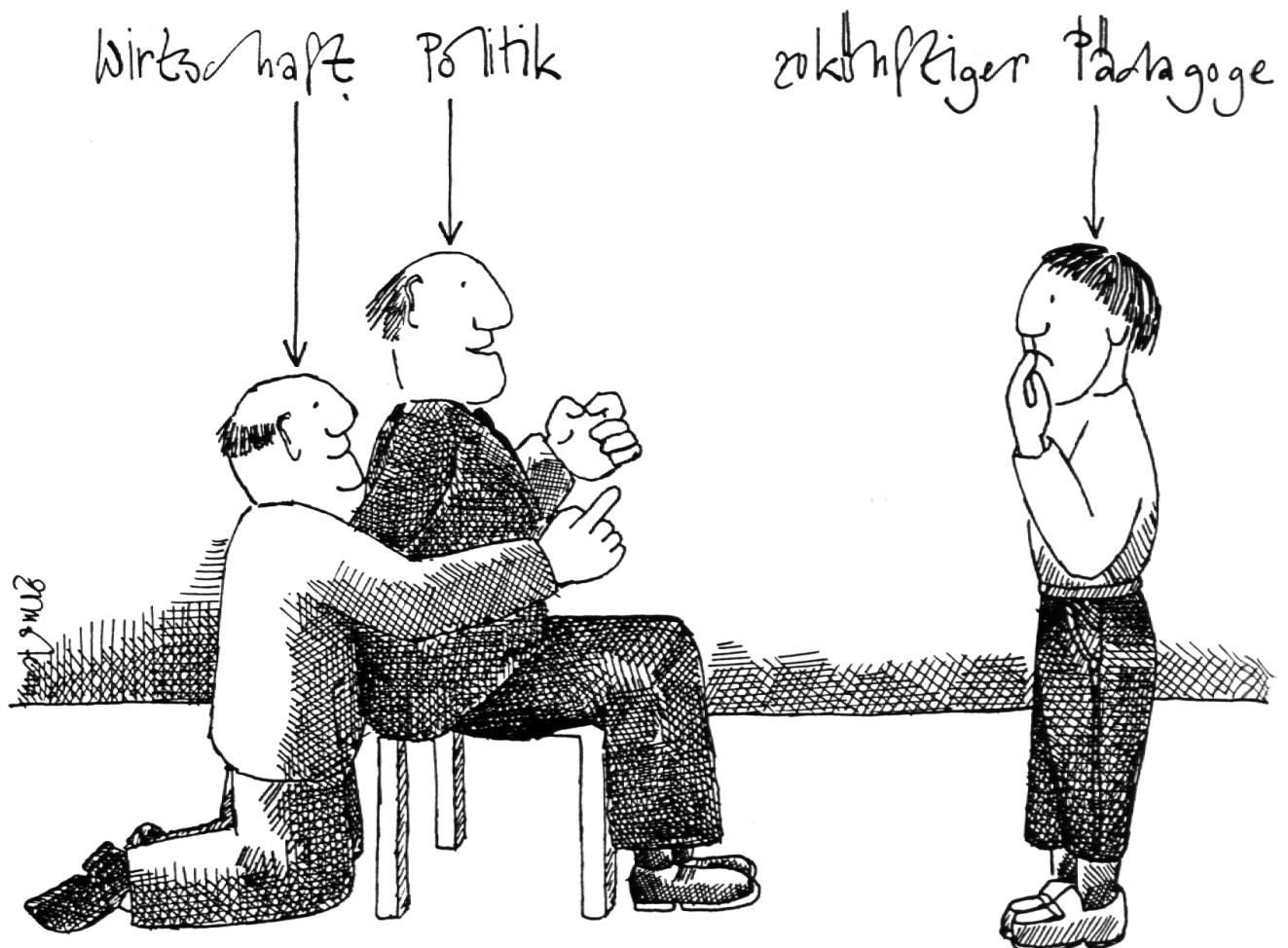
Es genügt heute aber nicht mehr, nur staatsbürgerlich gebildet zu sein, um unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu verstehen. Das Ineinanderspielen von Politik und Wirtschaft ist bedeutend, und es bedarf einer vielschichtigen Aufklärung über diese Wechselbeziehungen. Daraus folgt ein zweites Ziel, nämlich die Bildung zum wirtschaftskundigen Lehrer, wie dies heute an den kantonal-zürcherischen Lehrerseminaren angestrebt wird. Dabei soll der zukünftige Pädagoge lernen, die Folgen menschlicher Verhaltens-

weisen auf die Wirtschaft abzuschätzen und die wirtschaftlichen Interessen und Machtpositionen zu analysieren.

Bildung zum Rechtsbürger

Obwohl unsere Rechtsprechung in den letzten Jahren im allgemeinen komplexer geworden ist, haben sich viele rechtliche Alltagsprobleme wenig verändert. Trotzdem fühlen sich viele Lehrerstudenten schon bei unbedeutenden rechtlichen Schwierigkeiten recht hilflos. In einer Rekrutenbefragung wünschten acht von zehn jungen Wehrmännern einen alltagsorientierten Rechtskunde-Unterricht und somit eine Ausbildung zum rechtskundigen Bürger. Dieser Wunsch ist auch bei angehenden Lehrern äusserst ausgeprägt.

Staatsbürger – Wirtschaftsbürger – Rechtsbürger, drei Bildungsziele, die den Lehrern von morgen helfen sollen, die vielseitigen Alltagsprobleme in der Schulstube sowie im Umgang mit den verschiedenartigsten Bezugspersonen besser zu meistern.

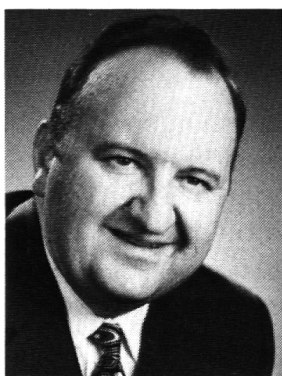


3. Vom Stellenwert eines Betriebspraktikums für Oberstufenlehrer

Dargestellt am Beispiel des Real- und Oberschullehrerseminars des Kantons Zürich

Hans Jakob Streiff

Hans Jakob Streiff, Dr. phil. II, 1930 in Glarus geboren. Gymnasium Typus B in Glarus und Schiers GR. Studium der Naturwissenschaften mit Hauptfach Chemie an der Universität Zürich. Diplom für das höhere Lehramt und Doktorat. Nach zwölfjähriger Tätigkeit als Hauptlehrer für Chemie an der Kantonsschule Zürcher Oberland und vierzehnjähriger Leitung der Kantonsschule Glarus Berufung zum Direktor des zürcherischen Real- und Oberschullehrerseminars. Autor von Chemielehrmitteln. Als Milizoffizier Kommandant einer Kampfbrigade.

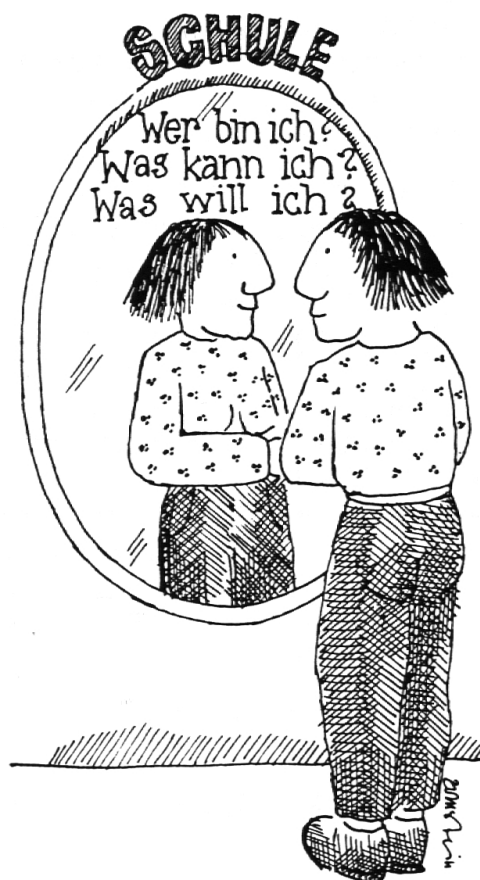


Im Rahmen des dreijährigen Studiums am zürcherischen Real- und Oberschullehrerseminar wird der beruflich-praktischen Ausbildung ein besonderes Gewicht zugemessen. Die Aktivitäten in den Unterrichtsbereichen Erziehungswissenschaft, wozu auch ein Sozialpraktikum zählt, Schulkunde, Allgemein- und Fachdidaktik, musische und handwerkliche Ausbildung, Übungsschule, Unterrichtspraktika, Sport und schliesslich der Bereich Schule und Beruf erfordern rund dreiviertel der gesamten Ausbildungszeit.

3.1 Zur Zielsetzung

Das Gros der Absolventen einer Real- oder Oberschulklasse tritt nach der Erfüllung der Schulpflicht eine Berufslehre an. Der Klassenlehrer muss deshalb über die fachlichen und

didaktischen Kenntnisse verfügen, wenn er bei der wichtigen Berufswahl eine echte Hilfe leisten soll. Er muss die beruflichen Möglichkeiten vor allem in seiner eigenen Region,



aber auch darüber hinaus kennen. Er muss in der Lage sein, die Berufswahlvorbereitung so zu gestalten, dass die Schüler ihre Interessen, Fähigkeiten, Eignungen und Neigungen möglichst *aufgrund eigener Erfahrungen* erkennen und abschätzen lernen. So organisiert er Berufserkundungen und Schnupperlehren, welche nur bei gründlicher Vorbereitung und Auswertung sinnvoll sind. Der Lehrer muss mit der Arbeitsweise der Berufsberatung vertraut sein. Schliesslich ist es in unserer Zeit oft notwendig, die Auswahlverfahren, welche bei der Anstellung von Lehrlingen angewandt werden, zu erkennen.

Der Einfluss des Lehrers kann auch bei der Zusammenarbeit zwischen Schule, Berufsberatung und Eltern eine entscheidende Rolle spielen. Eine erfolgreiche Berufswahl setzt übrigens immer eine entsprechende *Berufswahlreife* oder Berufswahlkompetenz voraus, die ein guter Lehrer der Sekundarstufe I

anstrebt. In diesem Sinne erfüllt er einen wichtigen Auftrag der Volksschule, nämlich die Schüler auf das Leben vorzubereiten.

3.2 Didaktik der Berufswahlvorbereitung

Dem Thema «Schule und Beruf» wird deshalb an unserem Lehrerbildungsinstitut eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Der Reallehrerstudent besucht während zwei Semestern eine Vorlesung über Didaktik der Berufswahlvorbereitung (total 34 Stunden). Berufsberater orientieren im Rahmen dieses Unterrichts über die Belange der Berufsberatung. Lehrübungen, Berufserkundungen und Betriebsbesichtigungen sorgen für den Praxisbezug.

3.3 Das vierwöchige Betriebspraktikum

Jeder Student ist zudem zum Besuch eines vierwöchigen Betriebspraktikums verpflichtet. Er soll in einem Betrieb die Anforderungen kennenlernen, welche während der Berufslehre in körperlicher, geistiger und seelischer Hinsicht an die ehemaligen Real- und Oberschüler gestellt werden. Eine aktive Teilnahme an der praktischen Berufsarbeit, ein Besuch in der Berufsschule und Aussprachen mit Berufsschullehrern, Lehrmeistern und Lehrlingen sollen beim zukünftigen Lehrer die Voraussetzungen für eine wirklichkeitsbezogene Berufswahlvorbereitung der Schüler schaffen. Es ist wichtig, Einblick in möglichst viele Lehrstellenangebote zu gewinnen. Zur Ergänzung der berufs- und wirtschaftskundlichen Kenntnisse finden mit Mitarbeitern verschiedener Stufen betriebsinterne Kolloquien statt.

Um diese Zielsetzungen zu erreichen, ist es zweckmässig, das Praktikum in Gruppen und in nicht zu kleinen Betrieben zu absolvieren. In unserer Region nehmen seit Jahren zum Beispiel die folgenden Unternehmen Praktikanten des ROS auf: BBC-Werk Oerlikon, Jelmoli SA, Micafil AG, Rieter AG Winterthur, SBB Hauptwerkstätten, Schneiter AG Horgen, Siemens-Albis AG, Sulzer-Escher Wyss AG, Sulzer Winterthur und Rüti ZH, Swissair AG.

Die Praktikumsberichte der Studenten sind mit wenigen Ausnahmen sehr positiv. Ich zitiere einige Ausschnitte:

Frau Verena Koch:

«Gute Einführung am ersten Tag. Gespräch mit allen Lehrmeistern. Besichtigung des technischen Lehrbetriebs. Arbeit in Dreiergruppen an verschiedenen Arbeitsplätzen. Sehr gute Betreuung durch die Lehrmeister. Sie waren bemüht, uns möglichst verschiedene Berufe zu zeigen, uns einen Einblick in den Betrieb zu geben. Wir hatten guten Kontakt zu den Lehrlingen und interessante Techniken kennengelernt: Fräsen, Drehen, Schweißen, Löten, Feilen, Schmieden.

Ich habe dieses Praktikum in bester Erinnerung. Ich habe viele neue Dinge gelernt und möchte dieses Praktikum auf gar keinen Fall missen (Swissair AG).»

Herr Kurt Bauer:

«Was mir die Angestellten der Firma an Höflichkeit, Geduld, aufrichtiger Freundlichkeit, Offenheit und auch Wertschätzung (Berufsstand Lehrer!) entgegenbrachten, übertraf bei weitem meine Erwartungen. Die Zulassung zu den verschiedensten Maschinen erhöhte das gegenseitige Vertrauen, wodurch ich auf für mich äusserst fruchtbare vier Wochen zurückblicken kann. Dieses Betriebspraktikum halte ich nach meinen gemachten Erfahrungen für eines der tragenden Elemente in der Ausbildung zum Real- und Oberschullehrer. Hiermit wird ein unentgeltlicher Einblick in die Industrie ermöglicht, der keinem Erzieher fehlen sollte (Sulzer AG, Winterthur).»

Zum Schlusse sei nochmals darauf hingewiesen, dass dieses Betriebspraktikum im Rahmen der Ausbildung am ROS nicht identisch ist mit dem ausserschulischen Praktikum, das weiter vorn dargestellt worden ist.

Hinsichtlich des Stellenwertes aller Aktivitäten im Ausbildungsbereich «Schule und Beruf» ist schliesslich noch ein letzter Hinweis wichtig. Der Real- und Oberschullehrer-Student hat am Schlusse seiner Studienzeit eine mündliche Prüfung in der Disziplin «Berufswahlvorbereitung» abzulegen. Sie verlangt Kenntnisse in Didaktik der Berufswahlvorbereitung, der Berufskunde und der aktuellen Lehrstellensituation für Absolventen der Real- oder Oberschule.

4. Lehrerfortbildung und Entwicklungsarbeiten

Zur Zusammenarbeit Volksschule – Berufsbildung

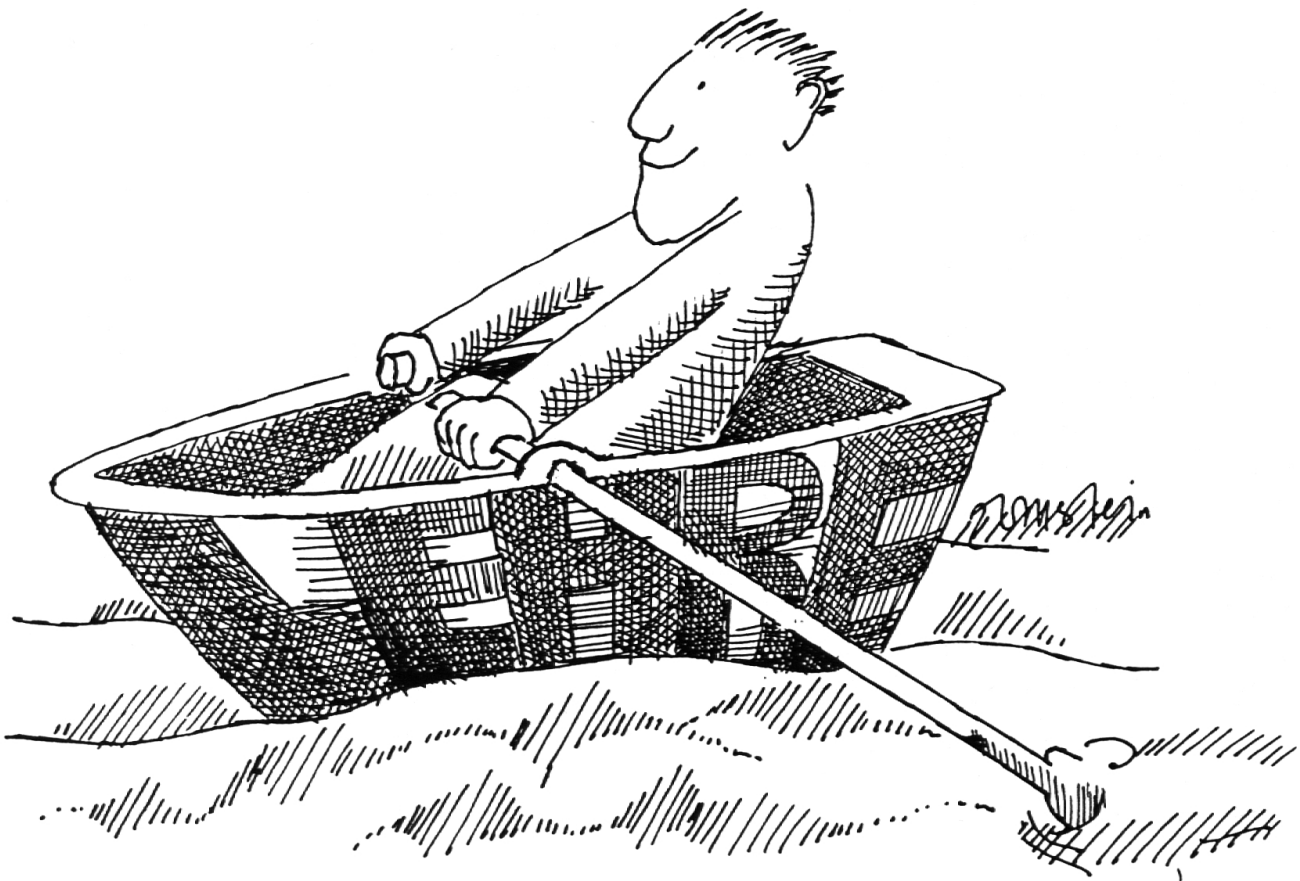
Hans Wymann

Hans Wymann, Dr. h.c., geb. 1917. Sekundarlehrer. Geschäftsleitender Sekretär des Schulamtes der Stadt Zürich. Direktor des Pestalozzianums seit 1955. Direktor des Real- und Oberschullehrerseminars 1963–1983.



Die Leitung des Pestalozzianums bemüht sich seit zwei Jahrzehnten, an der Oberstufe der Volksschule eine Entwicklung zu fördern, die zum Ziele hat, Bezüge zur Wirtschaftswelt und künftigen Berufsbildung der Jugendlichen herzustellen. Sie sollen dem Volksschüler den Übertritt ins Erwerbsleben erleichtern, sei es hinsichtlich Berufswahl, Lehrstoff oder Kenntnis seiner späteren Arbeitswelt.

Allen nachstehend genannten Bestrebungen liegt die Überzeugung zugrunde, dass für *jeden* Jugendlichen die Gelegenheit bestehen muss, eine Berufslehre zu absolvieren. Diese bildet für ihn die unerlässliche Existenzgrundlage für das spätere Leben. Eine erfolgreich abgeschlossene Lehre bietet ihm zudem die Möglichkeit, sich im erlernten Beruf weiter zu entwickeln oder evtl. einen anderen Berufsweg einzuschlagen, immer auf der Basis des sicheren Könnens eines gelernten Berufsmannes oder einer Berufsfrau. Jede Berufslehre besitzt ferner einen hohen erzieherischen Wert. Eine menschlich verständnisvolle, die Selbständigkeit fördernde Betreuung und Lenkung des Lehrlings trägt wesentlich dazu bei, dass der ehemalige Oberstufenschüler



sich zum jungen Erwachsenen entwickelt, der einmal in Familie, Beruf und Staat Verantwortung zu übernehmen vermag.

Die Aktivitäten des Pestalozzianums lassen sich in vier Hauptbereiche gliedern:

1. Hilfen für den Oberstufenschüler im Hinblick auf den Übertritt in eine Berufslehre, *Berufswahlvorbereitung*
2. Einführung des Lehrers in die Berufsbildung und in die praktische Berufswelt, *Lehrerfortbildung*
3. *Koordination* der Lehrstoffe von Volksschule und Berufsschule
4. *Erfahrungsaustausch* zwischen Volksschule und Berufsbildung

4.1 Hilfen für den Oberstufenschüler im Hinblick auf den Übertritt in eine Berufslehre, Berufswahlvorbereitung

Auf Initiative des Pestalozzianums wurden bereits 1959 in der Stadt Zürich die ersten *Berufswahlklassen* für berufsunentschlossene Schüler geschaffen. Ähnliche Ziele verfolgen heute die in Winterthur geführte Berufswahl-schule sowie die seit 1977 bestehenden vierten Sekundar- und Realklassen.

Das *Werkjahr* stellt für zahlreiche Schüler ein wertvolles Bindeglied zwischen Volksschule und Berufslehre dar. Im Auftrag des Erziehungsrates schuf das Pestalozzianum die Voraussetzungen zur Eingliederung des Werkjahres in den kantonalen Schulorganismus. Diese Massnahmen führten zur finanziellen Gleichstellung mit der Volksschule, was wiederum wesentlich zur Einrichtung von Werkjahren auf der Landschaft beitrug.

Die am Pestalozzianum geschaffene Arbeitsgruppe «*Hinführung der Jugendlichen zur Berufs- und Arbeitswelt*» übernahm die Aufgabe, Unterrichtsmaterialien für die Berufswahlvorbereitung der Oberstufenschüler bereitzustellen, zu erproben sowie der Lehrerschaft entsprechende Informationen zu vermitteln. Sie prüfte im Auftrag des Erziehungsrates das *Lehrmittel «Berufswahlvorbereitung»* von E. Egloff in fast 80 Klassen. Der Antrag, eine Kürzung und Vereinfachung des

im übrigen sehr guten Lehrmittels vorzunehmen, wurde gutgeheissen. Die Überarbeitung erfolgte im Rahmen einer interkantonalen Kommission. Heute liegen das Lehrerhandbuch sowie ein Schüler-Berufswahltagbuch gedruckt vor und sind vom kant. Lehrmittelverlag zu beziehen.

1976 begann am Pestalozzianum die Erarbeitung eines Lehrerhandbuches zur *Wirtschaftskunde*. Es wurde 1979 vom Erziehungsrat zum offiziell zugelassenen Lehrmittel erklärt und im kant. Lehrmittelverlag herausgegeben. Insbesondere die Abschnitte «Arbeits- und Berufswelt» sowie «Wirtschaftliche Grundbegriffe und Zusammenhänge» vermögen in gut fassbarer Weise Brücken zwischen der Schule und dem künftigen Arbeitsfeld des Schülers zu schlagen.

4.2 Einführung des Lehrers in die Berufsbildung und in die praktische Berufswelt, Lehrerfortbildung

Wie bereits erwähnt (Beitrag von H.J. Streiff), umfasst das Ausbildungsangebot am Real- und Oberschullehrerseminar die Absolvierung eines Betriebspraktikums sowie eine Vorlesung zur Didaktik der Berufswahlvorbereitung. An der Sekundar- und Fachlehrerausbildung an der Universität Zürich wird heute ebenfalls ein Proseminar unter dem Titel «Berufswahlvorbereitung in der Schule» angeboten. Zudem kommen hier im Rahmen der Vorlesung zur «Politischen Bildung» wirtschaftliche Themen zur Sprache.

Zurzeit läuft am Pestalozzianum die *12wöchige Intensivfortbildung* für Sekundarlehrer des Kantons Zürich. Im Rahmen dieses Programms figurieren drei Angebote, nämlich

- eine Veranstaltung «Berufsschule und Sekundarschule» mit Orientierungen durch Berufsschullehrer, Schulbesuchen in Berufsschulen und Gesprächen mit Berufsschullehrern und Berufsschülern;
- ein einwöchiges Kontaktseminar «Beruf/Wirtschaft»
- sowie ein Kurzpraktikum in einem ausser-schulischen Berufszweig.

Vor allem auch *regionalisierte* Bestrebungen, die Zusammenarbeit zwischen Volksschule und Berufsbildung in die Wege zu leiten, fanden in der Lehrerschaft eine sehr positive Aufnahme.

Die *Arbeitsgemeinschaft Limmattal der Real- und Oberschullehrer* gründete eine regionale Gruppe «*Schule und Berufswelt*». Sie stellte sich folgende Aufgaben: Kontakte mit Berufsschulen, Organisation von Schnupperlehren und Berufserkundungen, Zusammenarbeit mit der Berufsberatung, Mitarbeit an den Prüfungen zur Aufnahme an Lehrstellen. Am 21. Mai 1985 führte die Arbeitsgemeinschaft eine Lehrmeistertagung durch, die der gegenseitigen Aussprache diente. Für den 15. und 29. Juni 1985 organisierte die Lehrerschaft für Lehrmeister an der Oberstufe Tage der offenen Tür. Schliesslich informierten am 20. Juni 1985 der Industrieverein Dietikon und Umgebung, Vertreter der Oberstufenlehrer und der Berufsberatung die Presse über die Berufswahlvorbereitung, den Lehrstellenmarkt in der Region Limmattal und die Organisation von Berufserkundungen.

Winterthur: Die bereits 1984 begonnenen Einführungskurse in die Berufsbildung für die Oberstufenlehrer von Winterthur wurden 1985 fortgesetzt. 1986 soll versucht werden, einige wichtige Anregungen von seiten der Kursteilnehmer bezüglich der Zusammenarbeit mit den Berufsschulen zu realisieren.

Zürich-Limmattal: Im Einverständnis mit den Schulbehörden wurde für Oberstufenlehrer des Schulkreises Limmattal am 29. Oktober und 15. November 1985 erstmals ein Einführungskurs in der Stadt Zürich organisiert. Das Amt für Berufsbildung, die Berufsschulen von Zürich sowie die Lehrervertreter erklärten sich spontan zur Mitarbeit bereit. Referate und Unterrichtsbesuche vermittelten einen guten Einblick in die Berufsbildung; sehr aufschlussreich waren ferner die Besichtigung am Arbeitsplatz in den Betrieben sowie die Gespräche, die mit den Lehrlingen geführt werden konnten.

4.3 Koordination der Lehrstoffe von Volksschule und Berufsschule

Die Rezession Mitte der 70er Jahre weckte bei den Eltern Befürchtungen, dass ihre Kinder nach dem Besuch der Real- oder Oberschule keine Lehrstelle erhalten würden. Der Trend zur Absolvierung der Sekundarschule wirkte sich auf Mittel- und Oberstufe negativ aus. Diese Entwicklung sowie Lehrplanänderungen bei verschiedenen Lehrberufen veranlassten die Leitung des Pestalozzianums, mit den zuständigen Stellen der Berufsbildung, den Berufsschulen und mit Lehrmeistern in Verbindung zu treten und eine *Zusammenarbeit* aufzubauen. Diese wurde durch *Beschluss des Regierungsrates* 1979 institutionalisiert. In der neu geschaffenen Kommission sind die Volkswirtschafts- und Erziehungsdirektion, die Berufsschulen und die Volksschule, das Pestalozzianum sowie Lehrmeister vertreten.

Die Bemühungen zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen Volksschule und Berufsbildung gestalten sich sehr arbeitsintensiv; trotzdem sollen 1986 nebst den Einführungskursen auch Gespräche in die Wege geleitet werden, welche verschiedene Fachbereiche der Volksschule und der Berufsschulen betreffen und auch zu einer verbesserten Koordination bei den *Lehrmitteln* führen soll.

4.4. Erfahrungsaustausch zwischen Volksschule und Berufsbildung

Ende der 60er Jahre erfolgte erstmals eine *Erhebung über die Ausbildungswege*, welche Real- und Oberschüler nach ihrer obligatorischen Schulzeit einschlagen (seit 1985 ist die Sekundarschule eingeschlossen). Die Ergebnisse der Rundfragen vermögen den Eltern, Lehrern, Schulpflegern und Arbeitgebern konkrete Aufschlüsse über die beruflichen Möglichkeiten der Oberstufenschüler zu vermitteln. Mehrere Publikationen sowie zwei Tonbildschauen tragen heute zur besseren Information der Öffentlichkeit bei.